Versteckte Gebührenerhöhung verärgert Eltern

Bürgerbund fordert Rückkehr zu familiengerechter Regelung

Bruchköbel. „Wegen der Neureglung der Hort- und Essenspauschalen in den Bruchköbeler Kindertagesstätten haben sich betroffene Eltern mit der Bitte um Unterstützung an den Bruchköbeler Bürgerbund gewandt", teilt Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold mit. Ohne ein erklärendes städtisches Anschreiben sollten die Eltern demnach gravierende Änderungen zur Kenntnis nehmen und für die daraus abzuleitenden Zahlungen kurzfristig eine Einzugsermächtigung erteilen.

Die Ablehnung der Eltern richtet sich dabei gegen zwei Neuregelungen. „Zum einen wird die Aufhebung jeglicher Flexibilität kritisiert, wenn für drei Monate im Voraus verbindlich das Essen zusätzlich zur Betreuung in Hort oder Kita bestellt werden muss. Des Weiteren wird abgelehnt, dass die Essensgebühren auch bei Erkrankung eines Kindes bis zu 14 Tagen weiter zu zahlen sind", greift Harald Hormel die Hauptkritikpunkte auf. Dies werde weder der Tatsache gerecht, dass gerade Kinder im Kindergartenalter häufig für einen oder nur wenige Tage krank würden, noch sei es mit den aktuellen Anforderungen der Arbeitswelt zu vereinbaren. „Der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird hier ein Bärendienst erwiesen, der nicht in die ‚familienfreundliche' Stadt Bruchköbel passt", so Harald Hormel weiter.

Die Kritik der Eltern richtet sich also weniger gegen die eigentliche Erhöhung der Essensgebühren, sondern gegen die grundsätzlich veränderten Rahmenbedingungen mit den daraus folgenden erheblich größeren und nicht vernünftig erklärbaren Mehrbelastungen.

„Hier scheint sich schon sehr schnell unsere Befürchtung zu bewahrheiten, dass der Magistrat die durch die vermuteten Stellenplanüberschreitungen im Kitabereich verursachten Mehrkosten durch Gebührenerhöhungen wird ausgleichen müssen", sagte BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold weiter. Dabei verwunderten die neuen, starren Regelungen um so mehr, da ja jetzt für Verwaltungstätigkeiten in den Kitas wesentlich mehr Personal vorgehalten werde und somit eigentlich eine taggenaue Abrechnung vor Ort in den Kitas noch besser möglich sein müsste.

„Wir erwarten vom Magistrat zu allererst, dass er mit den Eltern Gespräche führt und rechtzeitig, klar und offen informiert und eine zeitgemäße Regelung trifft. Weiter sollte es selbstverständlich sein, dass auch die Stadtverordneten über diese Regelung informiert werden, die davon erst durch aufgebrachte Eltern in Kenntnis gesetzt wurden", so Alexander Rabold. Der Bruchköbeler Bürgerbund werde sich für die Rückkehr zu einer familiengerechten Praxis und eine transparente Regelung einsetzen.